

Der integrierte Planungsansatz als Instrument zur Lokalen Umsetzung der Energiewende : welchen Beitrag könnte dazu das Instrument Energieregion leisten?

Autor(en): **Affolter, Aron / Buchecker, Matthias / Müller, Stefanie**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wasser Energie Luft = Eau énergie air = Acqua energia aria**

Band (Jahr): **113 (2021)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-966174>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der integrierte Planungsansatz als Instrument zur lokalen Umsetzung der Energiewende

Welchen Beitrag könnte dazu das Instrument Energieregion leisten?

Aron Affolter, Matthias Buchecker, Stefanie Müller

Zusammenfassung

Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung steht hinter der Energiewende. Geht es jedoch um die lokale Realisierung von erneuerbaren Energieprojekten, fehlt es oftmals an sozialer Akzeptanz. Studien haben gezeigt, dass dieser Widerstand seinen Ursprung vor allem darin hat, dass der Miteinbezug der Bevölkerung zu spät stattfindet und sich partizipative Verfahren in der Regel auf eine reine Akzeptanzbildung beschränken. Als möglichen Lösungsweg verfolgt der integrierte Planungsansatz deshalb die Idee, die Energiewende auf regionaler Ebene und als Teil der regionalen Entwicklung öffentlich zu thematisieren.

Um die Machbarkeit des integrierten Ansatzes vor diesem Hintergrund zu prüfen, wurde in dieser Studie das Potenzial der «Energieregion» als Instrument für eine integrierte regionale Entwicklungsplanung untersucht. In der «Energieregion Knonauer Amt» wurden dazu Interviews mit regionalen Stakeholdern geführt. Dabei zeigte sich, dass insbesondere die gemischte Zusammensetzung aus öffentlichen wie auch privaten Akteuren als Stärke gegenüber anderen regionalen Planungsgefässen gesehen wird. Ausserdem wünschen sich die meisten Stakeholder, dass die Energiewende zusammen mit weiteren Themen der Regionalentwicklung im Rahmen eines breitangelegten partizipativen Verfahrens verstärkt diskutiert wird.

1. Lokale Widerstände gegen erneuerbare Energieprojekte rufen nach einem neuen Ansatz

Im Jahr 2017 wurde ein totalrevidiertes Energiegesetz durch die Stimmbevölkerung angenommen. Dieses beabsichtigt zusammen mit der nationalen Energiestrategie 2050 einen schrittweisen Atomausstieg sowie eine Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energien. Ein Referendum gegen die Gesetzgebung wurde mit 58,2 Prozent abgelehnt. Die Energiestrategie 2050 sieht dabei unter anderem Massnahmen vor, um den Ausbau von Photovoltaikanlagen zu beschleunigen sowie eine Substitution fossiler Energieträger durch Energieeffizienzmassnahmen zu erreichen (BFE, 2018). Dieser damit verbundene Wechsel von zentraler zu dezentraler Stromerzeugung führt dazu, dass Akteure auf lokaler Ebene stark mit der Umgestaltung des Energiesystems konfrontiert werden. Zwar werden Ziele und Massnahmen zur Energiewende auf nationaler und kantonaler Ebene definiert, die Umsetzung erfolgt aber auf regionaler, respektive kommunaler Ebene.

Dabei ist in der Schweiz, wie in den meisten europäischen Ländern, zu beobachten, dass zwar die Energiewende allgemein befürwortet wird, es aber oftmals an sozialer Akzeptanz fehlt, wenn es um die lokale Realisierung von – insbesondere grossskaligen – Energieprojekten geht (Sposato & Hampl, 2018; Sovacool & Ratan, 2012). Wissenschaftliche Studien haben gezeigt, dass dieser Widerstand gegen erneuerbare Energieprojekte, wie Windparks oder Wasserkraftanlagen, seinen Ursprung vor allem darin hat, dass der Miteinbezug der Bevölkerung zu spät stattfindet und sich partizipative Verfahren in der Regel auf eine reine Akzeptanzbildung beschränken (Knüsel, 2016; Stober et al., 2018; Müller et al., 2020). Dadurch werden Personen, die nicht mit dem Projekt einverstanden sind, entmachtet und neigen eher dazu, eine ablehnende Haltung zu generieren (Devine-Wright, 2011). Um diese lokalen Widerstände zu überwinden, bietet sich ein integrierter Planungsansatz an. Dieser entspricht dem Grundgedanken des integrierten Landschafts- oder Ressourcenmanagements, welches in der neueren Literatur als Schlüsselement für einen Übergang in

eine nachhaltigere Zukunft angesehen wird (Ostrom et al., 1999; Pahl-Wostl & Hare, 2004; Mitchell et al., 2015; Tengberg & Valencia, 2018). Der integrierte Planungsansatz verfolgt die Idee, dass die Energiewende auf regionaler Ebene und als Teil der regionalen Entwicklung öffentlich thematisiert wird. Insbesondere sieht er vor, dass Standortfragen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energieprojekten partizipativ erarbeitet und in den Kontext der regionalen Entwicklung eingebettet werden, was das Finden von breitabgestützten Lösungen erleichtern soll. Es sollen dabei nicht nur die üblichen regionalen Stakeholder, sondern auch die breite Bevölkerung in die Planung miteinbezogen werden. Anstatt die Partizipation auf bereits ausgearbeitete Einzelprojekte zu beschränken, soll diese die künftige Stossrichtung in der regionalen Landschafts- und Energieplanung umfassend thematisieren und bereits in einer frühen Planungsphase stattfinden, um die Umsetzung der Energiewende in der Region umfassend zu diskutieren.

Als geeignetes Fundament für eine Implementation eines solchen integrierten Planungsansatzes könnte sich die «Energieregion», ein bestehendes Instrument des Bundes, erweisen. Die Energieregionen entspringen dem Programm «EnergieSchweiz» (Bild 1). Dieses wurde vom Bundesrat gebildet und zielt auf eine Erhöhung der Energieeffizienz und eine Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien ab. Mit dem Teilprogramm «Energieregionen» sollen Gemeinden durch die optimale Ausnutzung des lokalen Energiepotenzials und durch die Koordinierung der Massnahmen Synergien nutzen können (EnergieSchweiz, 2017). Es wird dabei eine interkommunale Zusammenarbeit angestrebt, bei der Gemeinden zusammen mit ihren Einwohnern, Unternehmen und Organisationen gemeinsam energiepolitische Ziele verfolgen. Im Rahmen dieser Studie wird die «Energieregion Knonauer Amt» näher beleuchtet und untersucht, ob das Instrument einen Türöffner für das Errichten einer regionalen Ak-



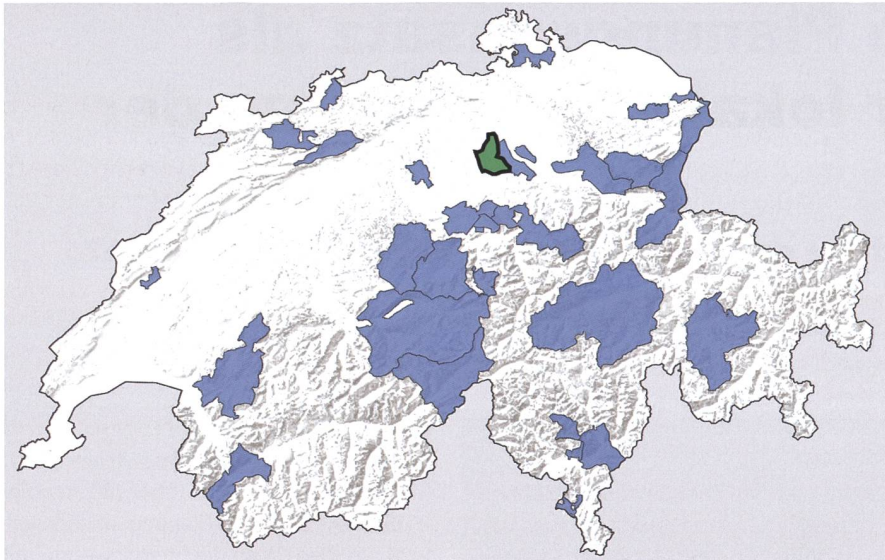


Bild 1: Die Energieregionen des Programms «EnergieSchweiz». Grün hervorgehoben die «Energierregion Knonauer Amt». Eigene Darstellung. Datenquelle swisstopo.

In dieser Studie wurde in einem ersten Projektschritt das Potenzial der Energieregion als Instrument für eine integrierte regionale Entwicklungsplanung untersucht. Anhand der «Energierregion Knonauer Amt» wurde dabei geprüft, wie sich die Energieregion von anderen regionalen Planungsgefässen unterscheidet, welche Vor- und Nachteile regionale Stakeholder (Personen aus öffentlichen und privaten Bereichen der Region; Gemeinden, Vereine, Verbände, Unternehmen) in den verschiedenen Planungsgefässen sehen und wie diese für den integralen Ansatz genutzt werden können.

Als Datengrundlage für diese Studie dienten Interviews mit verschiedenen regionalen Stakeholdern aus dem Knonauer Amt. Es wurden 17 Interviews mithilfe eines zuvor erstellten Leitfadens über eine Zeitspanne von drei Monaten geführt, dies mit Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, Kantonsrätinnen und Kantonsräten, Unternehmerinnen und Unternehmern sowie Verbands- und Vereinspräsidentinnen und -präsidenten. Die in den Interviews gesammelten Perspektiven der verschiedenen Stakeholdergruppen dienten schliesslich zur Erstellung eines Fragebogens, der in einer späteren Projektphase erarbeitet werden soll. Dieser soll einerseits an die Bevölkerung des Knonauer Amts, andererseits an die zuvor interviewten Stakeholder gerichtet sein. In der darauffolgenden Projektphase sollen die gesammelten Daten evaluiert und für einen regionalen, partizipativen Prozess aufbereitet werden.

teursplattform sein könnte, um die Energiewende als Teil der regionalen Entwicklung zu fördern. Eine regionale Akteursplattform wird hier verstanden als ein regionaler Entwicklungsträger, welcher mit seiner «gemischten» Mitgliedschaft, bestehend aus öffentlichen wie auch privaten Akteuren, regionale Entwicklungsprozesse koordiniert oder strategisch plant (Willi & Pütz, 2018).

2. Die «Energierregion Knonauer Amt» als Fallstudie

Ziel der Studie und Methodik

Diese Studie ist Teil eines Forschungsprojekts an der Eidgenössischen Forschungs-

anstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), welches sich zum Ziel gesetzt hat, die Machbarkeit des integrierten Planungsansatzes zu prüfen. In mehreren Projektschritten soll untersucht werden, welche Vorstellungen sowohl die Bevölkerung als auch regionale Stakeholder bezüglich Themen der regionalen Entwicklung sowie der Umsetzung der Energiewende haben. Die Erkenntnisse daraus sollen schliesslich als Grundlage für einen späteren, grossangelegten partizipativen Prozess dienen, in dem die regionale Umsetzung der Energiewende im Kontext einer umfassenden Planung zur Regionalentwicklung diskutiert wird.

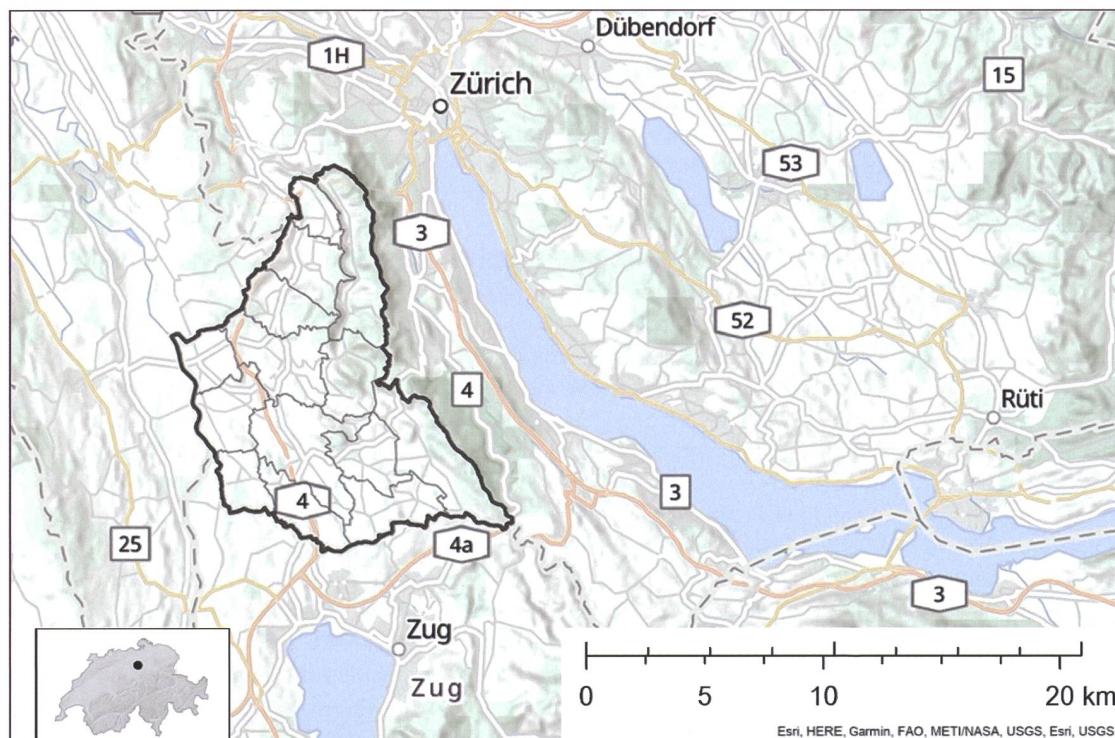


Bild 2: Geografische Lage des Knonauer Amts zwischen Zürich und Zug.

Das Knonauer Amt – ländliche Region zwischen zwei Metropolräumen

Das Knonauer Amt liegt südwestlich der Stadt Zürich und ist gleichbedeutend mit dem politischen Bezirk Affoltern. Im Jahr 2019 zählte die Region, welche im Volksmund auch «Säuliamt» genannt wird, rund 55 000 Einwohner (BFS, 2019). Besonders die Nähe zu den beiden Wirtschaftszentren Zürich und Zug (Bild 2) führte in den letzten Jahren zu einem starken Bevölkerungswachstum. Mit einem Bevölkerungsplus von 1,8 Prozent war das Knonauer Amt im Kanton Zürich 2018 die stärkste Wach-

tumsregion (Kanton Zürich, 2019). Auch der im Jahr 2009 eröffnete Autobahnabschnitt der A4 im Knonauer Amt (Bild 3) begünstigte die bereits vorherrschende Wachstumsdynamik und führte zu einer Zunahme der Bautätigkeiten und zu einem Bevölkerungswachstum. Trotz dieser Dynamik und der Lage inmitten des Metropolitanraums Zürich ist das Knonauer Amt noch immer sehr ländlich geprägt und verfügt über wertvolle Landschafts- und Naturräume (Bilder 4 und 5). Dadurch nimmt die Region als Wohn- und Erholungsraum in der Achse zwischen Zürich und Zug eine immer bedeutendere Rolle ein. Im regio-

nen Richtplan wurde dementsprechend festgelegt, dass sich zukünftiges Bevölkerungswachstum mehrheitlich auf das Regionalzentrum Affoltern am Albis sowie entlang der Gemeinden an der S-Bahnlinie beschränken soll. Folglich werden sich die bereits heute auszumachenden heterogenen Siedlungscharaktere weiter verstärken. Denn in der Region weisen verkehrstechnisch gut erschlossene Gemeinden bereits städtische Siedlungsstrukturen auf (Bild 6), während vor allem im südlichen Teil des Bezirks kleinere Dörfer und Weiler mit ländlichem Charakter daherkommen.



Bild 3: Autobahn A4 bei Mettmenstetten. Foto: Heinz Leuenberger.



Bild 4: Blick vom Uetliberg über das Knonauer Amt. Foto: Frank Brüderli.



Bild 5: Der Türlerseer See am Fusse der Albiskette. Foto: zvg.



Bild 6: Blick über das Siedlungsgebiet von Affoltern am Albis. Foto: Johannes Bartels.

3. Die Organisationsstrukturen der «Energierregion Knonauer Amt»

Die Standortförderung Knonauer Amt als Ursprung der Energierregion

Die Energierregion des Knonauer Amtes entstand 2010 aus der regionalen Standortförderung. Diese fand ihre Anfänge bereits im Jahr 2003 und entsprang aus einer Zukunftsplanung zur Regionalentwicklung. Damals leitete der Gemeindepräsidentenverband des Bezirks – ein Gremium bestehend aus allen Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten der 14 Gemeinden – ein grosses partizipatives Verfahren

zur erwünschten Entwicklung der Region ein. Dies als Reaktion auf die im Jahr 2009 geplante Eröffnung der Autobahn A4. Sowohl aus Politik- als auch aus Wirtschaftskreisen wurde gefordert, lenkend gegen eine drohende Zersiedelung einzuwirken. In vier Workshops mit 44 Teilnehmern, darunter Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden sowie von verschiedenen regionalen Organisationen, wurde zu diesem Zweck ein Leitbild erarbeitet. Das Leitbild besteht aus Zielen und Eckwerten zu verschiedensten Themen, wie etwa zum Bevölkerungswachstum, zum Wohnraumangebot oder zur Entwicklung der regiona-

len Wirtschaft. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des partizipativen Verfahrens strichen damals heraus, dass die Region unter Wahrung der bestehenden Standortqualitäten – dazu gehört insbesondere die ländliche geprägte Landschaft – weiterentwickelt werden soll. Um diese Vision auch planerisch umzusetzen, wurde 2004 die «Standortförderung Knonauer Amt» in Form einer Koordinationsstelle ins Leben gerufen. Die Absicht der Standortförderung ist es, alle Lebensbereiche – das Wirtschaften, das Wohnen, die Gesellschaft und die Umwelt – im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gleichermaßen anzusprechen

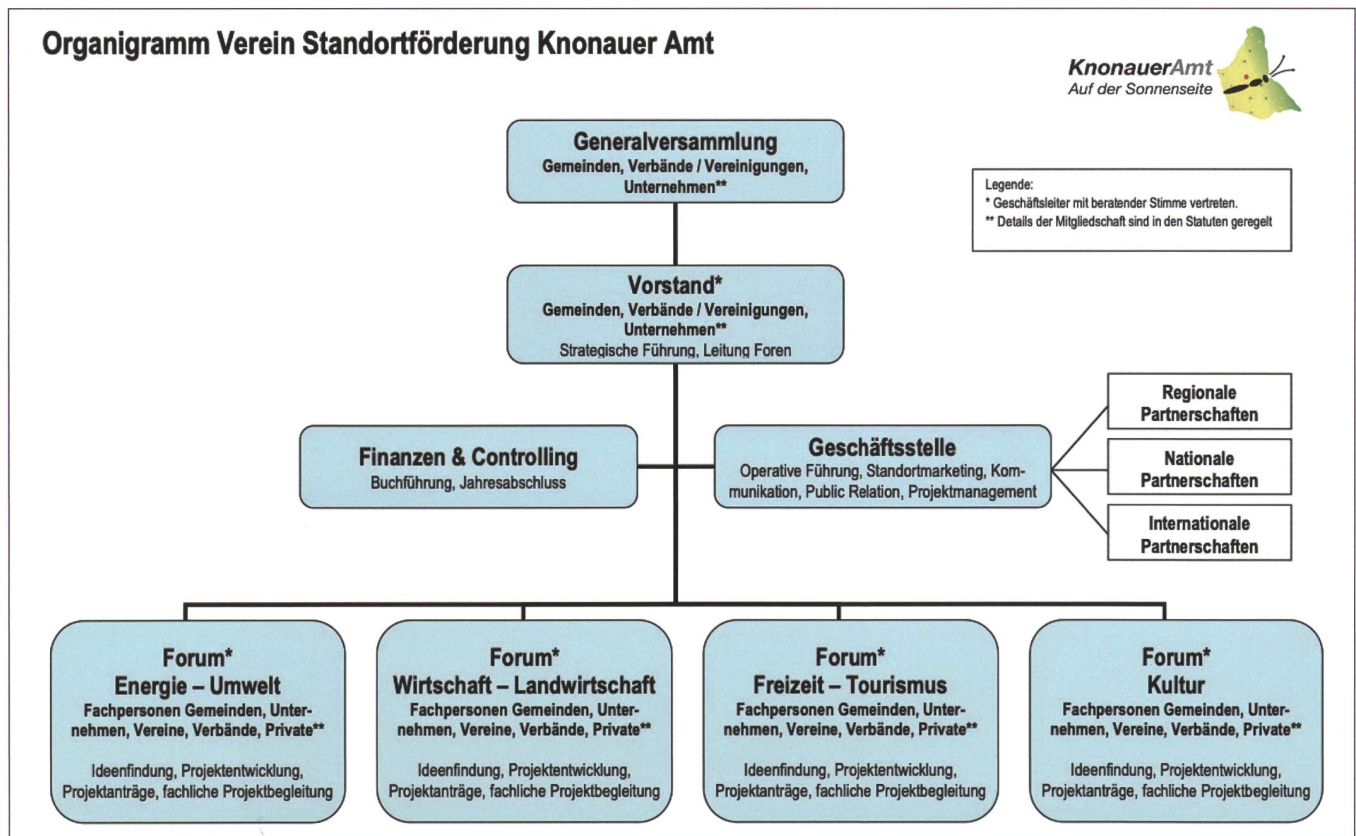


Bild 7: Organigramm aus dem Jahr 2016 der Standortförderung Knonauer Amt. Quelle: Standortförderung Knonauer Amt, knonauer-amt.ch.

(GPV, 2003). Das Projekt «Energierregion Knonauer Amt» wurde schliesslich im Jahr 2010 durch Exponenten der Standortförderung sowie auf Begehren der regionalen FDP lanciert. Heute ist die Gruppe, welche sich dem Thema Energieregion annahm, Teil des Forums Energie-Umwelt der Standortförderung. Dieses setzt sich zusammen aus Gemeindevertreterinnen und -vertretern sowie einer Person aus der Geschäftsstelle, aber auch aus mehreren Privatpersonen und Unternehmerinnen und -unternehmern aus der Region. Des Weiteren kamen 2015 drei weitere Foren hinzu: Das Forum Wirtschaft-Landwirtschaft, das Forum Freizeit-Tourismus und das Forum Kultur. Gemäss der Geschäftsleitung der Standortförderung kamen diese Foren aber nie wirklich zum Tragen; ihre Existenz beschränkt sich auf den Eintrag im Organigramm.

Wie grenzt sich die Standortförderung ab zu anderen regionalen Planungsgruppen?

Die gemischte Zusammensetzung der Energieregion aus öffentlichen wie auch privaten Akteuren besteht seit dem Jahr 2015. Damals wurde die Standortförderung, und

damit auch das Forum Energie-Umwelt, in einen Verein umgewandelt. Dies führte zu einer Öffnung für Verbände, Unternehmen und Privatpersonen (Knonauer Amt, 2020). Auch im Vorstand der Standortförderung befinden sich heute sowohl öffentliche als auch private Akteure. Damit unterscheidet sich der Verein von den anderen, mit der Region verbundenen Planungsgefässen (ZPK, RZU, GPV).

- Bei der *Zürcher Planungsgruppe Knonauer Amt (ZPK)* handelt es sich um einen rein öffentlichen Akteur. Die Planungsgruppe entspringt aus einem Auftrag des Planungs- und Baugesetzes des Kantons Zürich und führt die Regionalplanung der 14 ortsansässigen Gemeinden. Die ZPK erstellt etwa den regionalen Richtplan oder verfasst Stellungnahmen zu Vernehmlassungen des Kantons Zürich. Daran beteiligt sind Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie Hochbauvorsteherinnen und Hochbauvorsteher aus einzelnen Gemeinden, eine mandatierte Regionalplanerin sowie Delegierte der Regionalplanung Zürich und Umgebung.
- Die *Regionalplanung Zürich und Umgebung (RZU)* stellt den Dachverband

der sechs Zürcher Planungsgruppen und der Stadt Zürich als Planungsregion dar. Das Planungsgefäss bezweckt die Koordination überkommunaler und überregionaler Planungsaufgaben gemäss Art. 12, Abs. 2 des Planungs- und Baugesetzes des Kantons Zürich und führt Veranstaltungen für einen Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen ihren Mitgliedern durch.

- Der *Gemeindepräsidentenverband (GPV)* des Knonauer Amts bildet ebenfalls eine Plattform für den Informations-, Meinungs- und Erfahrungsaustausch auf regionaler Ebene. Darin vertreten sind alle Gemeindepräsidentinnen und Gemeindepräsidenten des Bezirks.

Diese regionalen Planungsgefässe sind teilweise miteinander vernetzt. So haben Delegierte der RZU Einsitz in der ZPK. In der ZPK sind umgekehrt einzelne Mitglieder auch Teil des GPV. Auch in den Foren der Standortförderung sind wiederum verschiedene Personen vertreten, die auch in anderen Planungsgefässen ein Amt einnehmen (Bild 8).

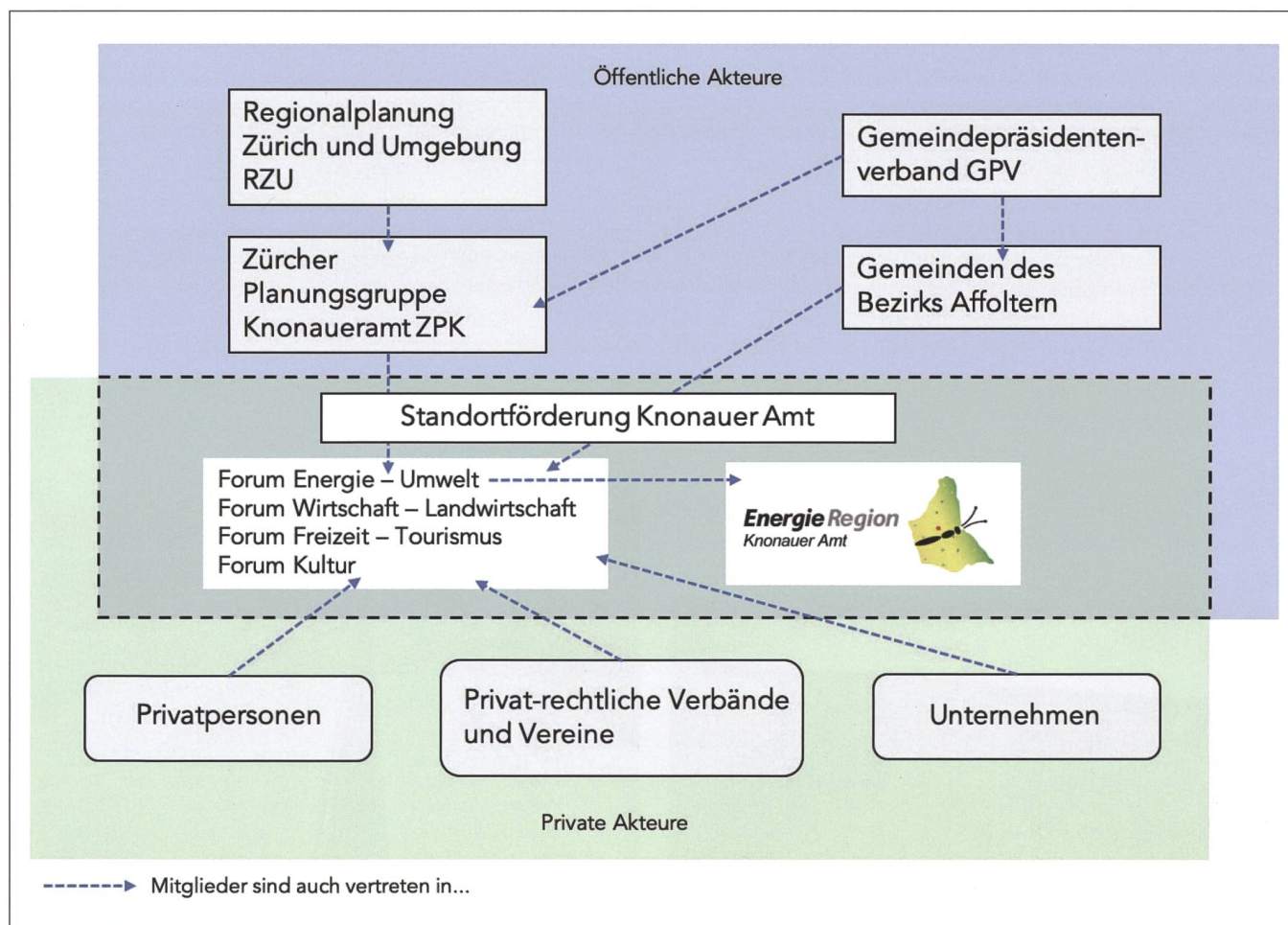


Bild 8: Die regionalen Planungsgruppen im Knonauer Amt und deren Vernetzung. Eigene Darstellung.

Regionale Energieziele bis 2050 – welche Fördermassnahmen werden verfolgt und wie weit ist man heute?

Die 14 Gemeinden des Knonauer Amts haben sich im Rahmen der Energieregion zum Ziel gesetzt, bis 2050 mindestens 80 Prozent des Energiebedarfs der Region mit einheimischer, selbstproduzierter erneuerbarer Energie zu decken. Dabei sollen 100 Prozent des Wärmebedarfs sowie 20 Prozent des Strombedarfs erneuerbar und regional erzeugt werden (WWF ZH, 2019). Um diese Zielwerte zu erreichen, verfolgt die Energieregion verschiedene Aktivitäten. So wurde bereits 2009 eine Studie in Auftrag gegeben, um die Potenziale der verschiedenen regionalen Energieträger zu eruiieren. In diesem Rahmen wurden auch bereits erste Massnahmen festgelegt, welche die Gemeinden in den darauffolgenden Jahren zu verfolgen hatten. Dazu gehörte beispielsweise das Beseitigen von Hemmnissen für energieeffiziente Bauten und erneuerbare Energieanlagen in den kommunalen Bau- und Zonenordnungen oder der Aufbau von Informationskampagnen an die Bevölkerung (econcept, 2010). Seit einigen Jahren bietet die Energieregion ausserdem Energieberatungen für Gewerbe und Privatpersonen an. Interessentinnen und Interessenten werden dabei von Energiefachspezialistinnen und -spezialisten bezüglich des Einsatzes erneuerbarer Energien sowie Verbesserungsmöglichkeiten der Energieeffizienz in ihrem Betrieb oder Eigenheim beraten. Der grösste Teil der Kosten wird dabei von der Energieregion (genauer durch Beiträge der Ge-

meinden sowie durch Fördergelder des Bundesamts für Energie und der Stiftung Pro Evolution) übernommen. Des Weiteren werden seit einigen Jahren verschiedene Veranstaltungen zum Thema erneuerbare Energien organisiert. Beispielsweise die «Tage der Sonne», an denen lokale Gewerbetreibende ihre Produkte mit Bezug zum Thema erneuerbare Energie vorstellen und Non-Profit-Vereinigungen ihre Tätigkeiten im Bereich von Klima und Nachhaltigkeit präsentieren.

Die Energieregion Knonauer Amt führt regelmässige Monitorings zur Energiebilanz des Bezirks durch. Dabei zeigten sich beim letzten Monitoring von 2019 bereits grössere Veränderungen gegenüber dem Startjahr 2010. Demnach werden heute rund 27 Prozent des Strom- und Wärmebedarfs erneuerbar und in der Region produziert. Dies entspricht einer Steigerung von 116 Prozent gegenüber dem Jahr 2010 und macht mehr als das Doppelte des Schweizer Durchschnitts (12 Prozent) aus. Dabei werden 36 Prozent der Wärme- und 7 Prozent der Stromerzeugung mithilfe von erneuerbaren Energien generiert (Energieregion Knonauer Amt, 2020). Die Zunahme bei der erneuerbaren Wärmeerzeugung ist vor allem auf den gestiegenen Einsatz von Erdsonden-Wärmepumpen und Luft-Wärmepumpen von privaten Hauseigentümern zurückzuführen. Währenddessen ist fast ausschliesslich der gestiegene Einsatz von Photovoltaikanlagen verantwortlich für den Anstieg der erneuerbaren Stromerzeugung (Energieregion Knonauer Amt, 2020).

Pläne für eine Autobahn als Solarkraftwerk

Auch wenn in den letzten Jahren der Anteil an erneuerbarer und regionaler Stromproduktion anstieg, braucht es eine weitere markante Steigerung, um das Ziel von 20 Prozent zu erreichen. Ein Projekt, das massgeblich dazu beitragen könnte, stellt das sogenannte A4-Kraftwerk dar. Energiefachleute aus der Region entwarfen Pläne für eine Überdachung von Teilabschnitten der Autobahn A4 mit Photovoltaikanlagen. Genauer sieht das Überbauungsprojekt vor, die A4 im Knonauer Amt auf insgesamt rund 3,3 Kilometern zu überdachen und damit Energie in der Höhe von mindestens 40 Gigawattstunden im Jahr zu gewinnen. Dies würde 15 Prozent des geschätzten Strombedarfs von 2050 entsprechen (SSES, 2018). Das Bundesamt für Strassen ASTRA hat erste positive Signale gesendet. Momentan beschäftigt sich das Bundesamt mit einem ähnlichen Projekt in Fully (VS). Dort harzte in der Vergangenheit die Umsetzung aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten. Im Frühjahr 2020 wurde bekannt, dass das Zuger Solar-Unternehmen Servipier AG, welches Berechnungen und Modelle sowohl für Fully als auch für das Knonauer Amt erstellt, Mühe hat, einen Investor zu finden (Le Nouvelliste, 2020). Mit einem Start der Umsetzung im Knonauer Amt kann frühestens 2025 gerechnet werden, da die Beteiligten den Baubeginn des Walliser Projekts abwarten (Knonauer Amt, 2019).



Bilder 9 und 10: Fotomodelle zur Überdachung von Teilstrecken der Autobahn A4 mit Solarpanels. Quelle: Servipier AG.

4. Erkenntnisse aus Interviews mit regionalen Stakeholdern – erkennbares Potenzial für einen integrierten Ansatz

Die Standortförderung als «politisch neutrale» Akteursplattform

In den Interviews zeigte sich, dass regionale Stakeholder in der Standortförderung gewisse Vorteile gegenüber anderen regionalen Planungsgruppen sehen. Insbesondere der Miteinbezug von öffentlichen wie auch privaten Akteuren wird als Stärke gegenüber anderen Gefässen wahrgenommen. Dadurch komme die Standortförderung politisch neutraler daher als andere regionale Planungsplattformen. So wird die Zürcher Planungsgruppe Knonauer Amt von einzelnen Stakeholdern als Top-down-Planungsinstanz wahrgenommen, die stark von den darin vertretenen Gemeinden gesteuert wird und wenig operativ tätig ist. Der Gemeindepräsidentenverband dagegen müsse sich mit gemeindeinternen Alltagsthemen und Detailaufgaben beschäftigen, wodurch der überregionale, zukunftsgerichtete Blick oftmals verloren gehe. Die Standortförderung, die ursprünglich aus dem Gemeindepräsidentenverband hervorging, wird durch den Miteinbezug von Unternehmen, Verbänden und Vereinen als geeigneteres Gefäss wahrgenommen, um die strategische Steuerung der zukünftigen regionalen Entwicklung an die Hand zu nehmen. Denn schliesslich beeinflusse nicht die Politik alleine die Weiterentwicklung der Region, sondern auch private Akteure.

Die Energieregion als Zugpferd der Standortförderung

Regionale Stakeholder heben den von der Standortförderung vorangetriebenen Miteinbezug von privaten Akteuren besonders bei Umsetzungsfragen zur Energiewende als positives Merkmal hervor. Es zeigte sich, dass die Energieregion als geeignetes Instrument wahrgenommen wird, um erneuerbare Energien in der Region voranzubringen. Denn die Energieregion leiste einerseits einen wichtigen Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung für die Notwendigkeit der Energiewende; durch gezielte Fördermassnahmen und Informationskampagnen stelle sie einen Treiber für eine umweltverträgliche und nachhaltige Entwicklung dar. Andererseits würde im Rahmen der Energieregion aber auch die Vernetzung des regionalen Gewerbes vorangetrieben. In den Interviews verdeutlichte sich, dass die regionalen Stakeholder das Knonauer Amt bereits heute als Vorreiterregion im Bereich der erneuerbaren Ener-

gien sehen. Besonders für gewerbetreibende Stakeholder soll sich daraus ein wirtschaftlicher Standortvorteil ergeben, den sie weiter stärken wollen. Es stellte sich heraus, dass die Energieregion dabei vor allem als Vernetzungsinstrument zwischen dem regionalen Gewerbe wahrgenommen wird. Dadurch wird die Energiewende weniger als rein politische Pflichtaufgabe, sondern auch als Innovations-treiber und wirtschaftliche Chance wahrgenommen. Dies stärkt die Akzeptanz der Energieregion, aber auch diese der Standortförderung im Gesamten als regionaler Entwicklungsträger.

Mangelnde Integration von KMU und fehlende Akzeptanz in der breiten Bevölkerung

In den Interviews zeigte sich aber auch, dass die Standortförderung durchaus Schwächen aufweist und es Verbesserungspotenzial gibt. Von einigen Stakeholdern wurde bemängelt, dass KMU zu wenig in die Standortförderung und damit in das Projekt «Energieregion» integriert sind. In den geführten Interviews wurde erkennbar, dass gerade kleinere Unternehmen zu wenig Nutzen in den Aktivitäten der Standortförderung sehen. Von einigen wird das Gefäss sogar als zu elitär wahrgenommen; ein «abgehobener Geschäftsmännerkreis ohne lokale Verankerung». Der Vorstand der Standortförderung scheint dieses Problem aber erkannt zu haben und hat sich vorgenommen, vermehrt auf Gewerbekreise zuzugehen. Bis anhin gehören die sieben Gewerbevereine des Bezirks mit ihren rund 500 Mitgliedern nicht zu den Mitgliedern der Standortförderung. Jedoch scheint es nun auch von Seite der Gewerbevereine Bestrebungen zu geben, stärker mit der Standortförderung zusammenzuarbeiten. Des Weiteren gaben einige Stakeholder zu bedenken, dass die Energieregion und ihre Aktivitäten zu wenig in der Bevölkerung bekannt sind. Währenddessen Personen aus Politik- und Wirtschaftskreisen durchaus mit dem Projekt vertraut sind und darin einen Nutzen sehen, fehle eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung.

Stärkerer Miteinbezug bei weiteren Themen der Regionalentwicklung erwünscht

Die meisten Interviewpartner würden es begrüßen, wenn weitere Themen der Regionalentwicklung verstärkt diskutiert werden. Als gutes Beispiel dafür wurde oft das neu ins Leben gerufene «Naturnetz Knonauer Amt» genannt. Das Vernetzungsprojekt hat sich zum Ziel gesetzt, die Biodiver-

sität im Bezirk zu steigern. Dazu sollen Akteure, die mit ihren Handlungen und Raumnutzungen Einfluss auf die Biodiversität haben, stärker miteinander vernetzt werden. Vorgesehen sind Workshops mit Gemeindevertreterinnen und -vertretern, Landwirtinnen und Landwirten, Werkhofmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, Fischerinnen und Fischern, Jägerinnen und Jägern, Försterinnen und Förstern und Umweltverbänden.

In den Interviews machte ein grosser Teil der regionalen Stakeholder klar, dass Workshops auch zur Energiewende und anderen Themen der Regionalentwicklung erwünscht wären. Dies würde garantieren, dass überregionale Themen wie Mobilität nicht nur von Gemeinde- und Kantonsvertreterinnen und -vertretern diskutiert würden, sondern auch andere Akteure ihre Ansichten einbringen könnten. Dabei sei aber darauf zu achten, dass ein partizipatives Verfahren auf die breite Bevölkerung, namentlich auch auf jüngere Personen, zugeschnitten wird. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass immer nur die gleichen Personen mitmachen würden, die bereits gut informiert und vernetzt sind. Viele befürworteten deshalb das im Rahmen des Forschungsprojekts geplante Vorgehen, welches vorsieht, als Nächstes eine schriftliche Umfrage durchzuführen. Damit könne die Haltung der Bevölkerung besser eruiert werden und nebenbei auch generell auf das Projekt aufmerksam gemacht werden. Einzelne Stakeholder merkten in diesem Sinne auch die Wichtigkeit des regionalen Anzeigers an. Dieser habe eine grosse Leserschaft und präge den regionalen Diskurs stark. Dementsprechend könnte der «Anzeiger Bezirk Affoltern» ein wichtiges Sprachrohr darstellen, um die Bevölkerung auf das Verfahren und die Energiethematik aufmerksam zu machen. Des Weiteren wurden die Stakeholder zu ihrer Meinung gegenüber der Durchführung eines breit angelegten Workshops zu Themen der Regionalentwicklung befragt. Die meisten würden diese Vorgehensweise ebenfalls befürworten und erachten es als Mehrwert, wenn die Bevölkerung durch eine partizipative Veranstaltung stärker miteingebunden werden würde. Es sollte aber darauf geachtet werden, dass ein allfälliger Workshop nicht zu politisch und zu abgehoben daherkommt. Das heisst: Anstatt nur öffentliche Akteure sollten auch Vereine und das Gewerbe in die Organisation und die Durchführung miteinbezogen werden. Dementsprechend sprachen sich die meisten Interviewpartnerinnen und -partner dafür aus, dass die Standortförderung eine führende Rolle einnehmen sollte.

5. Fazit und Ausblick

Das Fallbeispiel der «Energierregion Knonauer Amt» hat gezeigt, dass die bereits bestehenden Strukturen eine günstige Ausgangslage für die Förderung der Energiewende im Rahmen einer integrierten regionalen Entwicklungsplanung darstellen. Die Standortförderung mit ihrem Teilprojekt «Energierregion Knonauer Amt» bildet einen geeigneten Entwicklungsträger, um Standortfragen im Zusammenhang mit erneuerbaren Energieprojekten partizipativ zu erarbeiten und in den Kontext der regionalen Entwicklung einzubetten. Durch ihre gemischte Zusammensetzung aus öffentlichen wie auch privaten Akteuren stellt sie in gewisser Weise bereits die Grundstrukturen für eine regionale Akteursplattform dar. Ausserdem unterscheidet sie sich durch diese institutionelle Mischform von anderen regionalen Planungsplattformen, welche mit einer «exklusiven» Mitgliedschaft daher kommen, also sich aus rein öffentlichen Mitgliedern zusammensetzen (i.d.R. Gemeinde- und Kantonsvertreter) (Willi & Pütz, 2018). Die Standortförderung wird deshalb von regionalen Stakeholdern als politisch neutraler wahrgenommen. Dies hat zur Folge, dass ihre Tätigkeiten breit akzeptiert werden.

Die Idee der Standortförderung als regionale Akteursplattform für eine integrierte regionale Entwicklungsplanung bringt aber auch gewisse kritische Punkte mit sich. So würde die Akteursplattform gegenüber anderen regionalen Planungsgefässen, allen voran der RZU und dem ZPK, wohl über geringeren politischen Einfluss verfügen, da sie nicht einem öffentlichen Auftrag entspringt. Diese Gefässe sind heute von Gesetzes wegen damit beauftragt, die Regionalentwicklung des Knonauer Amts zu steuern. Eine Standortförderung, welche sich vermehrt mit Themen der Regionalentwicklung auseinandersetzt, würde diese Planungsplattformen gewissermassen konkurrenzieren. In diesem Sinne ist es wichtig, eine klare Kompetenzverteilung zwischen den Planungsgefässen vorzunehmen (oder möglicherweise ein Zusammengehen zu prüfen), um Überschneidungen und Konkurrenzverhalten zu verhindern.

Mit Blick auf das Knonauer Amt scheint die integrierte Herangehensweise gerade im Hinblick auf das geplante A4-Solar-kraftwerk als sinnvoll. Momentan erhält das Projekt viel Zuspruch, bei der tatsächlichen Umsetzung könnte es aber, wie bei vielen grossen erneuerbaren Energieprojekten, Widerstand von verschiedenen Stakehol-

dern sowie aus der Bevölkerung geben. Es bietet sich deshalb an, die verschiedenen Interessen der Stakeholder und der Bevölkerung miteinzubeziehen. Dabei ist aber im Sinne des integrierten Ansatzes darauf zu achten, dass der Miteinbezug über das Ziel einer reinen Akzeptanzbildung hinausgeht. Stattdessen sollte das Projekt durch eine integrierte regionale Entwicklungsplanung in den regionalen Kontext eingebettet werden, und in einem umfassenden partizipativen Prozess sollten allgemeine Entwicklungsziele der Landschafts- sowie Energieplanung ausgearbeitet werden.

Das übergeordnete Forschungsprojekt «Integriertes regionales Landschaftsmanagement als Instrument zur Umsetzung der Energiewende» der WSL trifft demnach äusserst günstige Bedingungen an. Bevor ein grösseres partizipatives Verfahren im Sinne einer integrativen Regionalentwicklung gestartet wird, soll nun mittels einer schriftlichen Umfrage, neben der erhobenen Sicht der Expertinnen und Experten, die Sicht der Bevölkerung auf die zukünftige Energieplanung im Kontext einer umfassenden Regionalentwicklung erfasst werden.

Quellen:

BFE, Bundesamt für Energie (2018): Erstes Massnahmenpaket, www.bfe.admin.ch/bfe/de/home/politik/energiestrategie-2050/erstes-massnahmenpaket.html, Stand: 17.11.2020.
BFS (2019): Ständige und nichtständige Wohnbevölkerung nach Jahr, Kanton, Bezirk, Gemeinde, Bevölkerungstyp und Geschlecht (Ständige Wohnbevölkerung), Bundesamt für Statistik (BFS).
Devine-Wright, P. (2011): Place attachment and public acceptance of renewable energy: A tidal energy case study. *Journal of Environmental Psychology* 31(4):336–43.
Econcept (2010): Grundlagen für eine «Strategie Energie-zukunft» im Knonauer Amt. Schlussbericht 18.03.2010.
EnergieSchweiz (2017): EnergieSchweiz 2017–2020 Detailkonzept. Bern: Bundesamt für Energie (BFE).
Energierregion Knonauer Amt (2020): Energiebilanz Knonauer Amt-2010-2019, knonauer-amt.ch/wp-content/uploads/2020/06/Energiebilanz_Knonauer_Amt_2010-19.pdf, Stand: 17.11.2020.
GPV (2003): Standortförderung Knonauer Amt. Schlussbericht verabschiedet am 11. September 2003. Ernst Basler + Partner AG. Gemeindepräsidentenverband Bezirk Affoltern (GPV).
Kanton Zürich (2019): Zürcher Bevölkerung wächst weiter. Medienmitteilung vom 08.2.2019, www.zh.ch/de/news-uebersicht/medienmitteilungen/2019/02/zuercher-bevoelkerung-waechst-weiter.html, Stand: 17.11.2020.
Knonauer Amt (2020): Über uns, Homepage, knonauer-amt.ch/ueber-uns, Stand: 17.11.2020.
Knonauer Amt (2019): Die Autobahn A4 könnte ab 2025 als Kraftwerk genutzt werden, vom 3.12.19, knonauer-amt.ch/aktuelles/a4-ab-2025-als-kraftwerk, Stand: 17.11.2020.

Knüsel, P. (2016): Übergeordnete Pläne, lokale Skepsis. Wie lassen sich die Ansprüche aus Energieproduktion und Landschaftsschutz verbinden. *TEC21* 50: 29–32.
Le Nouvelliste (2020): Fully: l'autoroute solaire en manque de financement, vom 15.01.2020, www.lenouvelliste.ch/articles/valais/canton/fully-l-autoroute-solaire-en-manque-de-financement-894308, Stand: 17.11.2020.
Mitchell, B., Bellette, K. & Richardson, S. (2015): Integrated approaches to water and natural resource management in South Australia. *International Journal of Water Resources Development* 31(4): 718–731.
Müller, S., Backhaus, N., & Buchecker, M. (2020): Mapping meaningful places: A tool for participatory siting of wind turbines in Switzerland? *Energy Research & Social Science*, 69, 101573.
Östrom, E., Burger, J., Field, Ch. B., Norgaard, R.B., & Policansky, D. (1999): Revisiting the commons: local lessons, global challenges. *Science*, Vol. 284:278–282.
Pahl-Wostl, C. & Hare, M. (2004): Processes of social learning in integrated resources management. *Journal of Community & Applied Social Psychology*, 14:193–206.
Sovacool, B. K., & P. L. Ratan (2012): Conceptualizing the acceptance of wind and solar electricity. *Renewable & Sustainable Energy Reviews* 16(7):5268–79.
Sposato, R. G., & N. Hampl. (2018): Worldviews as predictors of wind and solar energy support in Austria: Bridging social acceptance and risk perception research. *Energy Research & Social Science* 42:237–46.
SSES (2018): Autobahn im Säuliamt als Solarkraftwerk. Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie, www.sses.ch/de/autobahn-im-saeuliamt-als-solar-kraftwerk, Stand: 17.11.2020.

Stober, D., Buchecker, M., Jongejan, B., Eiter, S., Suškevičs, M., Martinat, S. and I. Kuvac (2018): Participatory planning of renewable energy with a focus on best practice. In: Roth et al. (Eds.), *Renewable Energy and Landscape*, Berlin, Jovis: 185–199.
Tengberg, A. & Valencia, S. (2018): Integrated approaches to natural resources management – Theory and practice. *Land Degradation & Development*, 29(6), 1845–1857.
Willi Y. & Pütz M. (2018): Governance der Regionalentwicklung: Wie Regionen ihr Potenzial nutzen können. *Swiss Academies Factsheets* 13 (3).
WWF ZH (Hrsg.) (2019): Jahresbericht 2019. Energierregion Knonauer Amt.

Autoren:

Aron Affolter

Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Forschungsgruppe Sozialwissenschaftliche Landschaftsforschung seit 1. Dezember 2020:
Raumplaner bei Planteam S AG, Luzern – Planungsbüro für Raumplanung, Ortsgestaltung und Geoinformation aron.affolter@planteam.ch

Matthias Buchecker

Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Forschungsgruppe Sozialwissenschaftliche Landschaftsforschung matthias.buchecker@wsl.ch

Stefanie Müller

Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL), Forschungsgruppe Sozialwissenschaftliche Landschaftsforschung stefanie.mueller@wsl.ch